



Nr. 10

14. März 2025

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

Einkommensrunde für Beschäftigte von Bund und Kommunen  
[Bund und Kommunen müssen eine Entscheidung treffen – Geyer: „Wir sind die Infrastruktur!“](#)

dbb frauen  
[Gleichstellung im Koalitionsvertrag ist Pflicht](#)

dbb frauen  
[Sondervermögen muss auch die soziale Infrastruktur stärken](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein  
[Landesregierung richtet Geschäftsstelle "Aufgabenkritik" ein](#)

Hamburg  
[Grundsatzpapier „Öffentlicher Dienst 2030“ veröffentlicht](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)  
[Sondierungsgespräche können die Asylwende möglich machen](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)  
[Krise bei DB Cargo: Einstellungsoffensive statt Personalabbau gefordert](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)  
[Tagung: Wie Schulen der Aufgabe nach Demokratie- und Wertebildung gerecht werden können](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)  
[Studie „Akustik im Schulbau“: Empfehlungen für zukunftsgerichtete Lernumgebungen](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

---

## Einkommensrunde für Beschäftigte von Bund und Kommunen Bund und Kommunen müssen eine Entscheidung treffen – Geyer: „Wir sind die Infrastruktur!“

### Scheitern die Verhandlungen an diesem Wochenende in Potsdam, eskaliert der Tarifkonflikt und der öffentliche Dienst nimmt massiv Schaden.

„Bund und Kommunen haben es in der Hand. Wir brauchen jetzt eine spürbare Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen im öffentlichen Dienst und wir brauchen jetzt Arbeitgebende, die die Zukunft des Staates sichern, indem sie in ihre Beschäftigten investieren“, erklärte der dbb-Verhandlungsführer Volker Geyer vor Beginn der entscheidenden dritten Verhandlungsrunde mit Bund und Kommunen am 14. März 2025 in Potsdam.

„Während CDU, CSU und SPD in Berlin riesige Investitionspakete schnüren, drohen die politisch Verantwortlichen hier in Potsdam mit ihrer Blockadehaltung unser aller Zukunft zu verspielen. Denn ohne die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist kein Staat zu machen und kein Investitionsprogramm umzusetzen. Wir sind die Infrastruktur“, so Geyer weiter. Die Warnstreiks der letzten Wochen sind eine eindeutige Aufforderung an die Arbeitgebenden, zu Beginn der dritten Verhandlungsrunde endlich ein konstruktives Angebot vorzulegen. Geyer: „Jetzt sind Bund und Kommunen am Zug. Wir brauchen ihre Entscheidung für einen leistungsfähigen, attraktiven und wettbewerbsfähigen öffentlichen Dienst oder diese Verhandlungen scheitern und der Tarifkonflikt eskaliert.“

In den Tagen und Wochen vor der dritten Verhandlungsrunde hatten sich zehntausende Beschäftigte für ihre Forderungen stark gemacht. Am 13. März 2025 sagte Geyer in Nürnberg vor etwa 1.700 Kundgebungs-Teilnehmenden: „Personalmangel, Arbeitsverdichtung und Arbeitsbedingungen von gestern. Dennoch sind es die Kolleginnen und Kollegen in vielen Sparten des öffentlichen Dienstes, die Steuer-Einnahmen in Bund und Ländern auf dem Rekordniveau von mittlerweile etwa einer Billion Euro pro Jahr ermöglichen. Den Hinweis auf leere Kassen lassen wir uns nicht länger bieten. Der öffentliche Dienst verliert auf dem Arbeitsmarkt immer weiter an Konkurrenzfähigkeit. Deshalb müssen Arbeitgebenden von Bund und Kommunen endlich in attraktive Arbeitsbedingungen investieren. Genau deshalb fordert der dbb ein Volumen von 8 Prozent mehr Einkommen, mindestens aber 350 Euro mehr, sowie mehr Arbeitszeitsouveränität und

zusätzliche freie Tage.“ Matthäus Fandrewski, Vorsitzender der dbb Jugend, ergänzte: „Wir brauchen unbedingt die unbefristete Übernahme von Auszubildenden, wenn diese ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben. Bund und Kommunen müssen in diesem Punkt endlich mit den Ländern gleichziehen. Alles andere ist in Zeiten des Fachkräftemangels nicht vermittelbar.“

Am 12. März 2025 kam es in Nordrhein-Westfalen landesweit zu Warnstreiks. 10.000 Beschäftigte nahmen außerdem an einer zentralen Demonstration in Bochum teil. Bei der Abschlusskundgebung sagte Volker Geyer: „Mehr denn je ist unser Land auf einen starken und leistungsfähigen öffentlichen Dienst angewiesen. Aber Bund und Kommunen ist das offensichtlich immer noch nicht klar: Sie haben schon in den ersten beiden Verhandlungsrunden viel Zeit verschwendet und nicht mal ein Angebot vorgelegt. Das ist nicht nur respektlos gegenüber den Beschäftigten, sondern wird auch dem Ernst der Lage nicht gerecht. 570.000 fehlenden Beschäftigten im öffentlichen Dienst heute und 1,4 Millionen altersbedingten Abgängen in den kommenden zehn Jahren machen deutlich: Der Staat kann es sich längst nicht mehr leisten, seine aktuellen und zukünftigen Beschäftigten mit warmen Worten abzuspeisen.“ Maik Wagner, dbb-Vize und Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS), betonte: „Um die vorhandenen Fachkräfte zu halten und Nachwuchskräfte zu gewinnen, brauchen wir nicht nur höhere Einkommen – ein Volumen von 8 Prozent, mindestens 350 Euro mehr –, sondern auch mehr Entlastung durch zusätzliche freie Tage und mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit.“

Ebenfalls am 12. März 2025 haben Kommunalbeschäftigte aus Mecklenburg-Vorpommern und Zivilbeschäftigte der Bundeswehr in Rostock lautstark demonstriert. „Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes arbeiten in der angespannten aktuellen politischen Lage am Limit: Der Fachkräftemangel, der demografische Wandel, die verfallende öffentliche Infrastruktur gepaart mit einer ständig wachsenden Aufgabenfülle – da müssen die Einkommen

---

rauf“, forderte Thomas Zeth, stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission. „Wenn eine kommende Bundesregierung plant, in Infrastruktur und Ausrüstung der Bundeswehr zu investieren, ist das ein Schritt in die richtige Richtung. Aber wir fordern Investitionen in die Beschäftigten, nur so kann der Staat die anstehenden Aufgaben erfüllen.“ Dietmar Knecht, Vorsitzender des Landesbundes mecklenburg-vorpommern, unterstrich: „Mit Blick auf die geplanten enormen Ausgaben in unsere Verteidigungsfähigkeit wollen wir hier in Mecklenburg-Vorpommern mit unseren großen Bundeswehrstandorten auch Finanzmittel für Fachkräfte! Und zwar in Form von Entgelt- und Besoldungserhöhungen sowie Verbesserungen bei der Arbeitszeit.“

Bei einer Kundgebung im Saarland am gleichen Tag unterstrich Ewald Linn, der Vorsitzende des dbb saar: „Wir können am Tariftisch nicht die Misere einer fehlerhaften Aufteilung von Steuermitteln einerseits und öffentlichen Aufgaben andererseits lösen. Das müssen die Politiker bei Bund und Kommunen schon selbst tun! Ich appelliere an die Bürgermeister und Landräte sich gegenüber Bund und Ländern deutlicher zu positionieren und auch mal auf die Straße zu gehen. Dabei werden wir sie gerne unterstützen.“

Lilli Lenz, Landesvorsitzende des dbb rheinland-pfalz, kritisierte am 11. März 2025 ebenfalls das Verhalten der Arbeitgebenden: „Zweimal hatten Bund und VKA die Gelegenheit, ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen, zweimal haben sie sich nicht gerührt. Diese Ignoranz ist ein Schlag ins Gesicht für alle Beschäftigten, die jeden Tag ihr Bestes geben.“ Im öffentlichen Dienst sei es hinsichtlich der Überlastung in vielen Bereichen fünf vor zwölf. Lenz weiter: „In dieser angespannten Arbeitslage ist es purer Hohn, damit zu argumentieren, dass unsere Forderungen den Haushalt überlasten würden. Wir wollen in der dritten Verhandlungsrunde keine Ausreden mehr,

sondern Ergebnisse, die unseren Forderungen gerecht werden.“

In Berlin haben am 10. März 2025 rund 1.000 Beschäftigte für höhere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen demonstriert. Dort kritisierte Thomas Liebel, Bundesvorsitzender der BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft, Ignoranz und gebrochene Versprechen auf der Arbeitgeberseite: „Viel zu lange wurden Beamtinnen und Beamte von den Dienstherren systematisch schlechter gestellt. Es wurde bis zur Verfassungswidrigkeit gespart und gekürzt. Das ist nicht nur ein Rechtsbruch, sondern auch ein historischer Vertrauensbruch!“ Es sei an der Zeit, dass der Bund seine wertvollste Ressource erkenne und in seine Beschäftigten investiere. Liebel drängte unter anderem auf die Rücknahme der 41-Stunden-Woche im Bund und forderte mehr Zeitsouveränität: „Für die dringend erforderliche Nachwuchsgewinnung braucht man neben einer zeitgemäßen Vergütung Arbeitszeitregelungen, die junge Leute nicht abschrecken, sondern die ihnen Flexibilität ermöglichen. Das sind Basics und keine Luxusforderungen!“

Alle Berichte über Aktionen in der Einkommensrunde gibt es unter [www.dbb.de/einkommensrunde](http://www.dbb.de/einkommensrunde).

Hintergrund: Vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sind über 2,6 Millionen Beschäftigte direkt oder indirekt betroffen: Rund 1,7 Millionen Arbeitnehmende und Auszubildende des Bundes (über 156.000) und der Kommunen (über 1.500.000) und weiterer Bereiche, für die der TVöD direkte Auswirkungen hat. Hinzu kommen knapp 370.000 Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte, Anwärterinnen und Anwärter sowie fast 600.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger beim Bund, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Mittelbar hat die Einkommensrunde auch Auswirkungen auf weitere Bereiche des öffentlichen Dienstes.

dbb frauen

## Gleichstellung im Koalitionsvertrag ist Pflicht

**Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Diese kann die nächste Regierung nur wirklich lösen, wenn sie Frauen in die Lösung einbezieht.**

Kurz vor dem Start der Koalitionsverhandlungen appellierte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und dbd-Vize, am

12. März 2025: „Dieser Koalitionsvertrag markiert einen Wendepunkt für die Gleichstellung in Deutschland. Wir dbb frauen fordern, dass die kommende Regierung sich deutlich stärker

für Gleichstellung engagiert. Im Koalitionsvertrag müssen am Ende konkrete Maßnahmen stehen, wie die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern zu beseitigen sind.“ Das Sondierungspapier enthalte bereits Spuren von Gleichstellung, der Koalitionsvertrag müsse mehr bieten. Kreuzt weiter: „Wir erwarten von Union und SPD, dass das Thema im Koalitionsvertrag mehr Raum erhält. Im Sondierungspapier war Gleichstellung nur ein Randthema, im Koalitionsvertrag ist sie Pflicht.“

Der Weg bis zur Gleichstellung habe noch viele Baustellen. „Es geht um eine ausgewogene Besetzung von Führungspositionen, wirtschaftliche Eigenständigkeit und gleichzeitig

Existenzsicherung“, erklärte die dbb frauen Chefin. „Um eine verlässliche Altersvorsorge, fair verteilte Sorgearbeit und natürlich das Ende jeglicher Diskriminierung.“ Es gebe also viel zu tun, das Ergebnis sei die Anstrengungen allemal wert: „Gleichstellung zahlt sich auch wirtschaftlich aus: Geschlechtergleichheit bei Beschäftigten gibt dem Bruttoinlandsprodukt einen gehörigen Boost.“ Das haben unter anderem Studien der Weltbank und McKinsey ergeben. Kreuzt rief daher zum Umdenken auf: „Eine Regierung, die so auf die Rettung der Wirtschaft fixiert ist, sollte nicht die Chance verkennen, Gleichstellung als Treiber für Wirtschaftskraft zu nutzen.“

dbb frauen

## **Sondervermögen muss auch die soziale Infrastruktur stärken**

**Die dbb bundesfrauenvertretung fordert, dass Infrastruktur-Investitionen besonders dort ansetzen, wo sie Frauen und Familien unmittelbar zugutekommen.**

Die anhaltende Krise im Bildungs- und Betreuungsbereich gefährdet die Chancengleichheit und die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen. Milanie Kreuzt, Vorsitzende der dbb frauen und dbb-Vize, appellierte daher am 10. März 2025: „Ein Sondervermögen für Infrastruktur muss gezielt in den Ausbau von Kitas, Ganztagsbetreuung und vor allem Schulen investiert werden. Es geht dabei nicht nur um einmalig investierte Kosten z.B. zum Bau, sondern auch um dauerhafte, konsumtive Kosten wie Strom, Pflege oder Mieten.“ Kommunen stehen vor massiven finanziellen Herausforderungen, insbesondere durch ihre Altschulden. Hierfür hatte das Sondervermögen noch keine klare Lösung vorgeschlagen.

Kreuzt weiter: „Ein Sondervermögen soll neben Investitionen in die Verkehrspolitik auch die soziale Infrastruktur stärken.“ Neben den Schulen betreffe das auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. „Wir stehen voll hinter

dem Sondervermögen Infrastruktur“, stellte Kreuzt klar. „Aber die Bildung darf nicht in Vergessenheit geraten. Wir brauchen Straßen UND Schulen. Denn ohne genug gut bezahlte Fachkräfte in Schulen, Hochschulen und Kitas bleibt unsere Zukunft auf der Strecke.“

Schulden von heute dürfen nicht Kürzungen von morgen werden Frauen sind überdurchschnittlich auf öffentliche Dienstleistungen angewiesen – daher muss sichergestellt werden, dass heutige Investitionen nicht zu künftigen Sparmaßnahmen im Sozial- und Bildungsbereich führen. „Die Schulden von heute dürfen nicht zu Kürzungen von morgen werden“, betonte die dbb frauen Chefin. „Wir fordern deswegen klare und langfristige Finanzierungszusagen für Schulen, Kitas, Kommunen und die Vereinbarkeitspolitik.“ Dabei dürfe es keine zusätzliche Belastung der Kommunen durch verdeckte Gegenfinanzierungen geben.

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

Schleswig-Holstein

### **Landesregierung richtet Geschäftsstelle "Aufgabenkritik" ein**

In politischen Gesprächen und diversen Stellungnahmen mahnt der dbb sh immer wieder eine Strategie für Prozessoptimierungen an, um die viel zu hohe Belastung der Beschäftigten zu reduzieren. Jetzt soll reagiert werden. Der dbb sh wurde über die Einrichtung einer Geschäftsstelle „Aufgabenkritik“ bei der Staatskanzlei informiert.

„Wir begrüßen, dass die Landesregierung das Problem erkannt hat, die Lösung dürfte aber etwas mehr Mut erfordern“, so der dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp am 14. März 2025. Der dbb sh hatte eine unabhängige Stelle vorgeschlagen, um praxisorientierte Vorschläge für weniger Bürokratie, bessere Zuständigkeitsabgrenzungen, zielgerichtete Strukturen sowie kennzahlenorientierte Finanzflüsse zusammenzutragen und die Umsetzung voranzutreiben. Die Unabhängigkeit ist dabei von zentraler Bedeutung, um „Beinfreiheit“ zu gewährleisten. Die dagegen vorgesehene direkte Einbindung in die Organisationsstruktur der Landesregierung dürfte nach Einschätzung des dbb sh wie eine eingebaute Bremse wirken. „Wenn innovative Ideen auf Bedenkenträger stoßen oder einen Verlust von Ressourcenverordnung bedeuten, werden diese Ideen noch vor einem Praxischeck beerdigt. Wenn das Konzept zur Aufgabenkritik ein Erfolg werden soll, dann sollte es nachgeschärft werden.“ Der dbb sh bietet dabei weiterhin seine Unterstützung an.

Ein entsprechender Handlungsbedarf wird durch die Ergebnisse der vorliegenden Erhebung zur Arbeitsfähigkeit und Gesundheit der Landesbeschäftigten untermauert. Arbeitsverdichtung, Störfaktoren im Arbeitsalltag sowie Arbeit auch bei Krankheit gehören zu einer weit verbreiteten Praxis, die zu einer Verschärfung bereits bestehender Probleme führen.

Nach Überzeugung des dbb sh ist neben einem praxisgerechten betrieblichen Gesundheitsmanagement auch das Wissen aller Beteiligten über Arbeits(zeit)schutzvorschriften von großer Bedeutung. Ein – noch bestehendes – hohes Verantwortungsbewusstsein der Beschäftigten darf nicht ausgenutzt werden und zu Überlastung führen. Andernfalls wird die Identifikation der Beschäftigten mit ihren Aufgaben aufs Spiel gesetzt.

Der dbb wird sich weiterhin für die Beachtung und Weiterentwicklung einschlägiger Vorschriften einsetzen, um Entlastung, Arbeitszeitflexibilisierung und Arbeitszeitsouveränität voranzubringen.

## Hamburg Grundsatzpapier „Öffentlicher Dienst 2030“ veröffentlicht

**Der dbb hamburg hat am 14. März 2025 das Grundsatzpapier „Öffentlicher Dienst Hamburg 2030“ veröffentlicht.**

Darin hat der dbb Landesbund die Maßnahmen formuliert, die in den nächsten Jahren gegenüber der Politik und der Verwaltung eingefordert werden, um einen funktionsfähigen und attraktiven hamburgischen öffentlichen Dienst im Jahr 2030 zu erreichen.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes stehen dabei im Fokus der Überlegungen. Denn bei allen technischen Entwicklungen, die auch im öffentlichen Dienst Einzug halten, bleiben „die Kolleginnen und Kollegen der Schlüsselfaktor für die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes“, hieß es vom dbb hamburg. Der öffentliche Dienst muss in der Lage sein, die übertragenen Aufgaben erledigen zu können. Nur so kann der öffentliche Dienst seine unverzichtbaren sozialen, rechtsstaatlichen und demokratischen Funktionen in unserem Gemeinwesen auch in Zukunft wahrnehmen.

Dazu dbb Landeschef Thomas Treff: „Ich freue mich sehr, dass unser Grundsatzpapier „Öffentlicher Dienst 2030“ jetzt fertiggestellt und

für die Öffentlichkeit zugänglich ist. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir die Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigern müssen, um bei der Personalbindung und Personalgewinnung besser zu werden. Auch wenn sich das Papier in erster Linie an den hamburgischen öffentlichen Dienst richtet, so sind viele Punkte auch für andere Bereiche der öffentlichen Verwaltung und Betriebe von Relevanz. Mit dem Grundsatzpapier bringen wir klar unseren Gestaltungswillen zum Ausdruck, dafür zu sorgen, den öffentlichen Dienst zukunftsfähig aufzustellen. Denn das ist sowohl im Interesse der Beschäftigten, aber auch im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger und unserer Wirtschaft. Der dbb hamburg wird sich in diese Prozesse mit seinem Grundsatzpapier „Öffentlicher Dienst 2030“ konstruktiv und lösungsorientiert einbringen.“

Das Grundsatzpapier gibt es unter [www.dbb-hamburg.de](http://www.dbb-hamburg.de).

## Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG)

### Sondierungsgespräche können die Asylwende möglich machen

**Positiv hat die DPOIG auf die Ergebnisse der Sondierungsgespräche zwischen Union und SPD reagiert. Es würden zentrale Forderungen der DPOIG erfüllt, insbesondere in der Migrationspolitik, so der DPOIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt.**

„Wir haben in den vergangenen Monaten immer wieder darauf hingewiesen, dass sowohl die Kompetenzen als auch das Personal für die Bundespolizei beim Schutz unserer Grenzen verstärkt werden müssen. Kurzfristig lassen sich Personaldefizite durch Einstellung von mindestens 3.000 Tarifbeschäftigten lösen, die die Vollzugskräfte entlasten“, so Wendt am 10. März 2025. Zurückweisungen auch bei Asylbegehren seien unerlässliche Botschaften an diejenigen, die sich nach Deutschland aufmachen und dabei sichere Länder durchqueren. Wendt: „Ihnen signalisieren wir: An der deutschen Grenze gibt es kein Durchkommen mehr!“

Der Chef der DPOIG-Bundespolizeigewerkschaft und dbb-Vize Heiko Teggatz sagte: „Zusätzliche Befugnisse für die Bundespolizei

schließen Rechtslücken, die bisher unerträglich waren. Deshalb haben wir genau das immer verlangt. Dass die Bundespolizei festgenommene Personen, die mit Haftbefehl gesucht werden, immer wieder entlassen musste, war eine Verhöhnung des Rechtsstaates – das hört jetzt endlich auf. Länder und Kommunen bleiben in der Verantwortung, aber wichtig ist, dass die Person erst einmal festgehalten wird, bis die Abschiebung durchgeführt werden kann. Richtig sind auch die Beendigung von freiwilligen Aufnahmeprogrammen und das Aussetzen der Familienzusammenführung. Kanzler Scholz sollte die Flüge aus Afghanistan sofort stoppen. Was das Auswärtige Amt dort treibt, grenzt an Sabotage rechtsstaatlichen Handelns!“

## Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

### Krise bei DB Cargo: Einstellungsoffensive statt Personalabbau gefordert

**Von der EU-Kommission aufgefordert, bis Ende 2026 schwarze Zahlen zu schreiben, hat die hoch verschuldete DB Cargo AG einen „Transformationsprozess“ zur wirtschaftlichen Erholung in Gang gesetzt. Dieser sieht unter anderem die Entlassung von rund 5.000 Beschäftigten vor. Die GDL hält dagegen.**

Die Erklärungsversuche der Unternehmensleitung für diesen massiven Stellenabbau seien so hilflos wie verlogen. So begründete Cargo-Vorständin Sigrid Nikutta das Vorgehen am Beispiel von DB Cargo Mitteldeutschland mit der „aktuellen Konjunkturflaute“ – dabei schreibt die Güterverkehrstochter bereits seit vielen Jahren rote Zahlen und stand schon zu Zeiten einer florierenden Wirtschaft schlecht da. Standortleiterin DB Cargo Halle Katharina Blaumann setzte indes noch einen drauf: Schuld an den Kündigungen sei die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), weil in deren Tarifbereich kein Beschäftigungssicherungs-Tarifvertrag existiere. Aus diesem Grund fielen die Mitarbeiter nicht in die konzerneigene Auffanggesellschaft DB JobService zurück, sondern müssten gekündigt werden. Dabei weiß jeder, der sich mit der DB befasst, dass dieser Arbeitgeber das Tarifeinheitsge-

setz willkürlich gegen die Beschäftigten anwendet und, politisch motiviert, nunmehr sogar den Arbeitsplatzabbau als Drohgebärde nutzt.

„Die Aussagen der DB Cargo-Verantwortlichen sind so infam wie falsch“, so der GDL-Bundesvorsitzende Mario Reiß am 7. März 2025. „Eigentlich bräuchten wir keine Beschäftigungssicherung in Tarifverträgen, sondern eine viel größere Einstellungsoffensive. Es herrscht Personalmangel in allen Bereichen und Beschäftigungsgruppen bei Cargo und bei allen Eisenbahnverkehrsunternehmen. Cargo wird mit weniger Fachkräften wohl kaum bessere Ergebnisse einfahren und wenn man die Produktion wieder ertüchtigen will, muss man zwingend die erforderlichen Mitarbeiter einstellen.“ Klar sei: Die Sanierung darf nicht zu Lasten des Personals gehen, sondern muss über eine grundlegende Konzernumwandlung erfolgen.

Im Übrigen solle die DB endlich damit aufhören, stets der GDL die Schuld für das eigene Missmanagement in die Schuhe zu schieben:

„Das ist unsouverän, unglaubwürdig und eines verantwortungsvollen Arbeitgebers unwürdig“, so Reiß.

Deutscher Philologenverband (DPhV)

## **Tagung: Wie Schulen der Aufgabe nach Demokratie- und Wertebildung gerecht werden können**

**Zur Eröffnung der Tagung „Demokratie- und Wertebildung in der Schule“ am 14. März 2025 in der Stiftung Leucorea der Lutherstadt Wittenberg hob Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff in seinem Grußwort die Bedeutung der politischen Bildung und der Schulen bei deren Vermittlung hervor.**

„Die Demokratie braucht politische Bildung und qualifizierte Lehrkräfte. Schulen sind auch Orte der Demokratiebildung. Es geht nicht nur um Wissenserwerb. Zur Erziehung und Bildung gehört auch die Vermittlung von demokratischen Werten. Aufklärung ist wichtig, und sie muss in die Breite wirken. Politische Bildung fördert gesellschaftliches Engagement und Handlungskompetenz. Und es gilt umgekehrt: Lernen durch Engagement! Wer mitreden will, muss informiert sein und wissen, über was gesprochen wird. Politische Bildung vermittelt Werte, Wissen und Schlüsselqualifikationen. Sie ist kein unkritisches Geschäft. Im Gegenteil. Sie soll vielmehr zu einer kritischen Loyalität erziehen, das Selbstbewusstsein stärken und zu Mitwirkung und Mitverantwortung in unserer Gesellschaft ermutigen“, so Hasselhof.

Bildungsstaatssekretär Jürgen Böhm nahm im Begrüßungstalk zur Aufgabe der Schulen im Bereich der Politischen Bildung Stellung: „In einer Zeit, in der die Werte unserer Demokratie nicht nur in unserem Land, sondern weltweit herausgefordert werden, ist es unerlässlich, dass wir in Sachsen-Anhalt die Demokratie- und Wertebildung in den Schulen stärken. Dies geschieht nicht nur durch das Vermitteln historischer Fakten und die Integration demokratischer Prinzipien in alle Fachrichtungen unserer Lehrpläne, sondern auch durch kontinuierliche Fortbildungsangebote für unsere Lehrkräfte und angesichts grenzenlos verfügbarer und beeinflussbarer Informationen, über eine umfassende Medienbildung. Gemeinsam schaffen wir so ein starkes Fundament für die politische Bildung unserer Schülerinnen und Schüler und gestalten damit die demokratische und tolerante Gesellschaft der Zukunft – auf nationaler, und über die UNESCO-Projektschulen und die Europaschulen auch auf internationaler Ebene.“

Stefan Düll, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, betonte: „Die zeitgemäße digitale Ausstattung der Schulen ist ein weiterer Schlüssel der Demokratiebildung. Ohne geht es nicht. Kinder und Jugendliche müssen gegen Fake News und andere Formen der Beeinflussung gewappnet werden. Sie müssen Medienkompetenz entwickeln, Quellen einschätzen lernen und digitale Werkzeuge souverän anwenden können – das gilt insbesondere in Zeiten von KI. Wischen und Chatten muss ergänzt werden durch Wissen und Checken.“

Susanne Lin-Klitzing, Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes verdeutlichte: „Diese Tagung hat noch einmal gezeigt, wie wichtig die Bedeutung der Lehrkräfte für die Demokratiebildung ist. Wir brauchen die vertiefte Auseinandersetzung mit dem Grundgesetz, um in der Vermittlung demokratischer Werte umfassend unterrichten zu können. Deshalb ist es längst überfällig, die vertiefte Auseinandersetzung mit dem Grundgesetz bereits in der ersten Phase der Lehrkräftebildung zu verankern. Für die Lehrkräfte ist es Herausforderung und Chance zugleich, mit der Schülerschaft fundiert über kontroverse Themen zu diskutieren, gemeinsam Vorurteile sowie gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu erkennen und zu entkräften. Dazu brauchen wir auch und verstärkt die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern!“

Für die Fortbildungsveranstaltung für Lehrkräfte kooperierten die Landeszentrale für Politische Bildung Sachsen-Anhalt, der Deutsche Lehrerverband DL und der Deutsche Philologenverband DPhV. Vielfältige Vorträge und Workshops zu Themengebieten wie der Bedeutung des Neutralitätsgebots für die Schulen, der Nachrichtennutzung von Jugendlichen und dem Umgang mit Extremismus, Vorurteilen und Verschwörungstheorien im Klassen-

zimmer zeigten erneut auf, wie wichtig die Vermittlung demokratischer Werte und politischer Bildung in Schulen heute ist: Sie fördert die

Entwicklung junger Menschen zu selbstbewussten und verantwortungsvollen Bürgerinnen und Bürgern – für eine lebendige Demokratie, die auf Dialog und Vielfalt basiert.

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

## **Studie „Akustik im Schulbau“: Empfehlungen für zukunftsgerichtete Lernumgebungen**

**Im Schulbau wächst der Bedarf an offenen Raumkonzepten, die unterschiedlichen Formen des Lernens ermöglichen. Damit entstehen neue Anforderungen an den Schallschutz und die akustische Qualität der Lernumgebung: Eine differenziert geplante Raum- und Bauakustik sind die Voraussetzung dafür, dass pädagogische Konzepte in Clustern und offenen Lernlandschaften funktionieren.**

Die Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft hat mit dem Verband Bildung und Erziehung (VBE) sowie dem Bund Deutscher Architektinnen und Architekten (BDA) die Studie „Akustik im Schulbau – Neue Konzepte und Empfehlungen“ veröffentlicht. Damit greifen sie Herausforderungen auf, die mit der Gestaltung offener Raumstrukturen einhergehen und geben Planenden wertvolle Empfehlungen für die akustische Gestaltung zeitgemäßer Lernumgebungen.

Diese Studie vergleicht und bewertet geltende raumakustische und schalltechnische Anforderungen sowie unterschiedliche nationale und internationale Regelwerke. Sie bietet konkrete Empfehlungen für die Planungspraxis von

Clustern und Lernlandschaften in Deutschland und richtet sich an alle, die an der Planung und Umsetzung von Schul(um)bauprojekten beteiligt sind.

„Der Raum als 3. Pädagoge ist keine Floskel. Wir wissen um die immense Bedeutung einer lernförderlichen Umgebung. Durch die Fortsetzung unserer Kooperation werden die bestehenden Dokumente ergänzt durch wissenschaftlich fundierte, aber allgemeinverständliche Leitlinien zu Akustik in Schulräumen. Sie sollen insbesondere Schulträgern und Schulleitungen wertvolle Hinweise zur Gestaltung geben“, kommentiert Gerhard Brand, VBE-Bundsvorsitzender, am 11. März 2025.

## **Namen und Nachrichten**

Matthias Boek ist Obergerichtsvollzieher, sieht sich aber vor allem als Vollstreckungsmanager. In der neuen Folge vom **dbb**-Podcast „DienstTag“ sagt er: „Jeder Fall ist anders. Wir versuchen, mit den Menschen zu arbeiten, nicht gegen sie.“ Oft stehe am Beginn der Überschuldung eine Lebenskrise oder Realitätsverweigerung. „Briefe bleiben ungeöffnet, Mahnungen werden ignoriert. Ich kann nur immer sagen: Kopf in den Sand stecken, hilft nicht. Haltet Eure Unterlagen in Ordnung, sucht Hilfe bei der Schuldnerberatung“, mahnt Matthias Boek. Der 53-jährige Gerichtsvollzieher aus Berlin hat in seinem Berufsleben schon viel erlebt und gesehen. Das Berufsbild habe sich dabei in den letzten Jahrzehnten sehr verändert. „Der 'Kuckuckskleber' ist anachronistisch. Unser Aufgabenspektrum ist heute viel breiter. Jenseits der Mobiliarpfändung werden Finanzermittlungen, Gehalts-

oder Rentenabfragen immer wichtiger“, so Boek. Und es geht auch nicht immer nur um Finanzforderungen. „Wir blicken in die Abgründe der Gesellschaft. Emotional am schwierigsten ist dabei der Umgang mit Kindern in prekären Lebensverhältnissen, zum Beispiel wenn vom Gericht Kindesentzug angeordnet wurde.“ Für den Gewerkschafter Boek ergeben sich aus dem breiten Aufgabenspektrum auch Konsequenzen für die Gerichtsvollzieher-Ausbildung. „Früher was der Job eher handwerklich-technisch. Heute nehmen Finanzstatusermittlungen und Grundrechtseingriffe immer mehr zu. Das sollte in der Ausbildung berücksichtigt werden. Wir vom Deutschen Gerichtsvollzieherbund plädieren deshalb für eine Fachhochschulausbildung. Das würde unseren Beruf aufwerten und auch bei der Nachwuchswerbung helfen.“ Den **dbb**-Podcast gibt es unter <https://linktr.ee/dbb.online>.

---

Der dbb-Landeschef in Berlin, Frank Becker, ist neuer Vorsitzender des Rundfunkrates des Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb). Der 63-Jährige ist am 12. März 2025 bei der konstituierenden Sitzung des Gremiums einstimmig gewählt worden. Er wird vom **dbb berlin** und vom **dbb brandenburg** entsandt. Becker sieht „erheblichen Veränderungsdruck“ bei den Öffentlich-Rechtlichen. Nach seiner Wahl sagte er: „Ich danke dem Rundfunkrat für das Ver-

trauen und freue mich auf die gemeinsame Arbeit. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk insgesamt und der rbb im Besonderen stehen unter erheblichem Veränderungsdruck. Nur gemeinsam mit der Geschäftsleitung und der Belegschaft wird es uns gelingen, die vor uns liegenden Aufgaben zu meistern. Ich bin zuversichtlich, dass wir den Sender in eine gute Zukunft führen. Berlin und Brandenburg brauchen eine kraftvolle und lebendige öffentlich-rechtliche Landesrundfunkanstalt.“

### Termine:

14. - 16. März 2025

**Einkommensrunde Bund & Kommunen: 3. Verhandlungsrunde**

Weitere Informationen unter [www.dbb.de](http://www.dbb.de)

---